



Beschlussvorlage

BV-Nummer	Datum	Aktenzeichen
1498/II/65.2/2022	21.06.2022	65.2-72-B45-HA-L10-Auftr.-Erw.

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Hauptausschuss	04.07.2022	öffentlich

Beratungsgegenstand **72 Generalsanierung Landgarf-Ludwig-Realschule plus
Los 10 Gerüstbauarbeiten - Auftragserweiterung**

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag für das Los 10 Gerüstbauarbeiten, vom 25.09.2019 an die Firma Hanisch Gerüstbau GmbH - Neunkirchen-Wellesweiler, in Höhe von 212.009,21 € brutto wird um 45.000,00 € brutto auf 257.009,21 € brutto erweitert.

Verrechnung: Inv.Nr. 2160000002 „Sanierung Gebäude Alleestr. 22 – 24“

Begründung:

Der Auftrag beinhaltet die Fassadengerüste für die Herstellung des Neubaus, sowie die Gerüste für die Bearbeitung sämtlicher Außenfassaden am Bestandsgebäude und am Neubau.

An der Bearbeitung der Fassaden sind mehrere Firmen beteiligt. Die Gerüste werden für den Einbau der neuen Fenster und des Sonnenschutzes, der Restaurierung der Sandsteingewände und Natursteinfassade, der Außenputzarbeiten am Bestand und dem WDVS-System am Neubau benötigt.

In den einzelnen Gewerken gibt es Abhängigkeiten in der Umsetzung.

Bei der Montage der neuen Fenster mit Sonnenschutzanlage kam es durch erhöhten technischen Klärungsbedarf zu Verzögerungen. Des Weiteren haben Lieferschwierigkeiten bei der Materialbeschaffung von Sandsteinergänzungen zu Verzögerungen bei der Umsetzung der Außenputzarbeiten geführt.

Die zeitliche Verschiebung vom Beginn der Außenputzarbeiten in die schlechte Witterung hat dazu geführt, dass Arbeiten bei geringen Außentemperaturen ausgesetzt werden mussten und ein entsprechend längerer Zeitraum für die Umsetzung benötigt wurde.

Die Auftragserweiterung beinhaltet im Wesentlichen die für die Ausführung notwendigen längeren Gerüststandzeiten, sowie die erforderlichen Teilumbauten. In Bezug auf die KVA-Anpassung vom 12.07.2021 ist der Kostenansatz für die Auftragsweiterung enthalten.

Finanzierung:

Die Mittel stehen bei Inv.Nr. 2160000002 „Sanierung Gebäude Alleestr. 22-24 zur Verfügung. Haushaltsrechtlich bestehen gegen die Auftragsvergabe keine Bedenken.

Datum / Oberbürgermeister